

## FAZ-Kolumne

17.08.2015

### **Priorität für Reformen, nicht Schuldenverzicht**

*von Michael Heise*

Viele Regierungen werden mit Versprechungen gewählt, die sie später nicht einlösen. Die Richtungswechsel der griechischen Regierung sind aber beispiellos. Angetreten mit dem Wahlversprechen, keine weiteren Hilfsprogramme und Reformbedingungen zu akzeptieren, tut die Regierung jetzt genau das. Diese Kehrtwende ist sehr zu begrüßen und sie wird das Land – wenn nicht neue politische Verunsicherungen eintreten - relativ rasch stabilisieren. Die Schuldendebatte ist damit aber keineswegs beendet. Vielmehr steht die Forderung nach weiteren Schuldenerleichterungen unübersehbar im Raum. Sie hat neben Griechenland selbst starke Befürworter: Der IWF fordert Schuldenverzicht als Bedingung für sein weiteres Engagement und viele renommierte Ökonomen kritisieren die deutsche Regierung für ihre bisherige Zurückhaltung in dieser Frage. Griechenlands Wirtschaft sei nicht stark genug, um die Schulden zu tilgen. Ohne Schuldenschnitt werde kein neues Wachstum entstehen. Und im Übrigen sei ein Großteil der Kredite nicht der griechischen Bevölkerung, sondern in- und ausländischen Banken zu Gute gekommen; damit wird an die moralische Verantwortung der Gläubiger appelliert.

Was sagen die Fakten? Zunächst, dass Griechenland bereits erhebliche Schuldenerleichterungen erfahren hat. Private Investoren haben Forderungen in Höhe von 107 Mrd. € in 2012 gestrichen. Zudem ist ein Großteil der öffentlichen Kredite bis 2020 zins- und tilgungsfrei, sodass Griechenland bis dahin keinesfalls von seiner Schuldenlast „erdrückt“ wird. Der Gegenwert dieser Kreditverbilligungen wird vom ESM auf bis zu 90 Mrd. € berechnet. Es ist auch nicht richtig, dass die Hilfskredite überwiegend den Banken zu Gute gekommen sind. Zu Anfang der Krise und vor dem Schuldenschnitt haben sie zwar davon profitiert, dass fällige Forderungen an den griechischen Staat beglichen werden konnten. Aber über die Jahre sind die Hilfen überwiegend Griechenland selbst zu Gute gekommen. Etwa 50 Mrd sind zur Finanzierung der griechischen Haushaltsdefizite seit 2010 verwendet worden. Ohne sie hätten Sozialausgaben oder Investitionen gestrichen werden oder die Steuern noch höher gesetzt werden müssen. Durch die Rekapitalisierung der griechischen Banken mit 37 Mrd in 2012 wurden vor allem Einlagen der Sparer abgesichert, Auslandsbanken hatten da kaum noch Forderungen. Schließlich haben die Kredite der EZB an das griechische Bankensystem (108 Mrd. Euro) es den Menschen ermöglicht, weiterhin Importe vom Ausland zu bezahlen und ihr Geld im Ausland anzulegen. Gesamtwirtschaftlich war das nicht unbedingt hilfreich, für den Einzelnen aber schon.

Ob weitere Schuldenerleichterungen erforderlich sind, um die Schulden tragfähig zu machen, hängt entscheidend vom zukünftigen Wachstum ab. Die Voraussetzungen für mehr Wachstum muss man von Griechenland selbst fordern. Deswegen ist die Zurückhaltung der deutschen Politik, jetzt weitere Schuldenschnitte in Aussicht zu stellen, sehr berechtigt. Es muss der Druck aufrechterhalten werden, Staat und Wirtschaft in Griechenland zu modernisieren. Das ist im Interesse der griechischen Bevölkerung. Die Chancen stehen gar nicht schlecht, wenn die Regierung die zugesagten Reformen durchzieht. Andere Länder haben es vorgemacht.